



# Joachim Köbler

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg



CDU

## +++ NEWSLETTER

13. Februar 2008



**Herzlich Willkommen** zum aktuellen Newsletter des Landtagsabgeordneten Joachim Köbler. Auch heute informieren wir Sie über Termine, die Arbeit im Wahlkreis und über landespolitische Themen.

Sehr gerne dürfen Sie diesen Newsletter auch an Ihre Freunde weiterleiten. Leserinnen und Leser, die an einem regelmäßigen Bezug des Newsletters interessiert bzw. nicht mehr interessiert sind, können sich jederzeit über die eMail-Adresse [wahlkreis@joachim-koessler.de](mailto:wahlkreis@joachim-koessler.de) an- bzw. abmelden.

### **Landwirtschaftsminister Peter Hauk diskutiert mit ansässigen Unternehmen in Oberderdingen**

#### **Joachim Köbler: Starke Gesellschaft braucht starke Unternehmen**

Einer Einladung des CDU-Ortsverbands Oberderdingen folgte Minister Peter Hauk. Im Rahmen eines Unternehmegergesprächs mit ortsansässigen Vertretern aus dem Mittelstand und Handwerk diskutierte der Minister für Ernährung und ländlicher Raum aus Baden-Württemberg über Aktuelles aus der Landes- und Bundespolitik.



Der Vorsitzende Werner Hauf zeigte sich sehr erfreut über die zahlreich erschienenen Interessierten auch aus den umliegenden Gemeinden. Zu Beginn machte er auf einige Punkte aufmerksam, wo vor allem der freien Wirtschaft der Schuh drückt. Gastgeber im Oberderdinger Weingut

Kern war auch der CDU-Landtagsabgeordnete Joachim Köbler. Als Mitglied des Finanzausschusses im Landtag stellte er die wirtschaftspolitische Lage und den ausgeglichenen Landeshaushalt heraus. Als Vertreter der Gemeinde Oberderdingen bedankte sich der Beigeordnete Edgar Knorr für die Berücksichtigung von Förderungen aus dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum.



# Joachim Kößler

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg



CDU

## +++ NEWSLETTER

13. Februar 2008



„Das Land und vor allem seine Unternehmen aus dem Mittelstand sind hervorragend für die Zukunft aufgestellt“, resümierte Minister Hauk das Jahr 2007. Die



Wirtschaftsleistung Baden-Württembergs wuchs um rund 3,5 Prozent und Investitionen in Unternehmen gingen voran. Dieser positive Trend sei jedoch durch den Fachkräftemangel gefährdet und müsse vor allem durch den Mittelstand im Bereich Ausbildung gestützt werden. „Den eigentlichen Aufschwung leisten die Unternehmen und es ist der Mittelstand, der zum Standort Baden-Württemberg hält“, Minister Hauk weiter. Um den Aufschwung nicht zu gefährden warnt er vor Bürokratie und Überregulierung.

Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt sei entscheidend. „Wir müssen so viel besser sein, wie wir teuer sind“, lautet das Motto. Hinsichtlich dem Thema Mindestlöhne bekannte sich Minister Hauk zu einer klaren Aussage: „Gesetzlich vorgeschriebene, flächendeckende Mindestlöhne vernichten Arbeitsplätze.“ Niedriglohn sei vor allem in Ostdeutschland ein Problem. Die Einführung eines Mindestlohns würde lediglich die Arbeitsplätze der Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen gefährden. Auch die Debatte um Steuerreform und Lohnnebenkosten wurde thematisiert.

Der Minister wies auf den Strukturwandel und die sich verändernde Demographie hin. Er lobte die starken dezentralen Strukturen der Regionen Baden-Württembergs. Eine optimale Grundversorgung der Bürger in den Bereichen Medizin, technische Entwicklung und die Anbindung an breitbandige Datennetze müsse im Fokus der Politik bleiben. „Eine gute Infrastruktur ist der Schlüssel für die Ansiedlung von Unternehmen. Und eine Vernachlässigung ländlicher Gebiete würde eine Abwärts Spirale in Gang bringen.“, so Hauk.



Zum Abschluss seines Vortrages erinnerte er die Unternehmen an ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Nicht nur der Staat, auch die Unternehmen müssen sich auf das Wesentliche konzentrieren und an das Morgen denken. Bü-





rokratieabbau sei da ein wesentlicher Schritt. Im Anschluss an den breit gefächerten Themenexkurs diskutierten die Gesprächsteilnehmer über staatliche Unterstützung der Unternehmen, Finanzliquidität von Banken und die Abwanderung mittelständischer Unternehmen ins Ausland.

### **MdL Joachim Köbler besucht Institut für Berufsbildung**



Gemeinsam mit seinem Landtagskollegen Dr. Bernhard Lasotta (CDU) besuchte der Landtagsabgeordnete Joachim Köbler das Internationale Institut für Berufsbildung in Mannheim (IfB). Finanziert und getragen wird das IfB seit seinem Bestehen vom Land Baden-Württemberg. Dieses stellt damit im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit die Infrastruktur für die Fortbildung von Stipendiaten im Bereich der Kfz-Technologie zur Verfügung.

Das IfB fördert die berufliche Bildung in den Entwicklungsländern. So werden beispielsweise Berufsschullehrer aus Entwicklungsländern ausgebildet. „Diese



Maßnahmen kommen direkt auch den exportorientierten Firmen aus Baden-Württemberg zu Gute“, so Joachim Köbler.

### **Petitionsausschuss kann nicht gegen Gaspreise einschreiten**

#### **Joachim Köbler: Weder kartellrechtliche noch gemeindefirtschaftsrechtliche Vorschriften bieten eine Handhabe**

Der Petitionsausschuss des Landtags von Baden-Württemberg hat die Petition gegen die Preisgestaltung verschiedener kommunaler Gasversorger im Land einstimmig zurückgewiesen. Dies teilte der CDU-Abgeordnete Joachim Köbler mit.



„Weder kartellrechtliche noch gemeindefirtschaftsrechtliche Vorschriften bieten eine Handhabe gegen die nach Auffassung der Petenten zu hohen Gaspreise“, so Köbler. Damit sei ein Einschreiten der Aufsichtsbehörden Wirtschaftsministerium und Innenministerium nicht möglich.

Hauptkritikpunkt der Petition war die Eigenkapitalverzinsung der betroffenen Gasversorger, die nach Ansicht der Petenten zu hoch ist. Dies widerspreche dem Eigenbetriebsgesetz, das für kommunale Unternehmen eine marktübliche Verzinsung vorsehe. Ferner nutzten die Un-

ternehmen durch die Preisgestaltung ihre marktbeherrschende Stellung in wettbewerbswidriger Weise aus.

Die rechtliche Prüfung hat nach den Worten Köblers ergeben, dass die gesetzlich geforderte marktübliche Verzinsung eine Mindestanforderung sei, damit das kommunale Unternehmen nicht aus sachfremden Erwägungen zu niedrige Preise fordere. Eine Begrenzung der Preise sei nicht der Zweck der Vorschrift.



# Joachim Kößler

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg



CDU

## +++ NEWSLETTER

13. Februar 2008



In kartellrechtlicher Hinsicht sei der Gesamtpreis maßgeblich. Dieser bewege sich nach Feststellungen des Wirtschaftsministeriums im Rahmen vergleichbarer Unternehmen und ergebe daher keinen Anlass für ein Missbrauchsverfahren. Hinsichtlich der Kalkulation sei zudem zu berücksichtigen, dass sich der Gaspreis zu über 50 Prozent aus Bezugskosten und zu fast 30 Prozent aus Steuern und Abgaben zusammensetze, worauf das Versorgungsunternehmen keinen Einfluss habe. Die Eigenkapitalverzinsung bewege sich mit 6 bis 7 Prozent im Rahmen des Zulässigen. Die Petenten seien insoweit von einem kartellrechtlich unzutreffenden Eigenkapitalbegriff ausgegangen.

Die kommunalrechtlichen Vorschriften über die Eigenkapitalverzinsung spielten für die kartellrechtliche Prüfung keine Rolle, da insoweit einschlägige Bundesvorschriften vorgingen.

„Ich kann den Ärger der Petenten über ständig steigende Preise nachvollziehen. Bedauerlicherweise gibt es aber für den vorliegenden Fall keine rechtliche Handhabung hiergegen“, so Joachim Kößler weiter. Er wies jedoch darauf hin, dass der Bund inzwischen eine Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) beschlossen hat, wonach die Kartellbehörden zukünftig gegen überhöhte Preise marktbeherrschender Unternehmen vorgehen können. Damit werde dem Anliegen der Petenten zumindest für die Zukunft zum Teil Rechnung getragen.